

## **Stoppt den Klimawahn**

**Eine von Grünen und Lobbyisten beförderte Hysterie treibt vor allem in Deutschland immer absurdere Blüten**

**Michael Paulwitz**

Die totalitäre Versuchung klopft von neuem an die Türe, und die Deutschen sind wieder einmal drauf und dran, ihr in Verblendung reihenweise zu erliegen. Falsche Propheten predigen den nahen Weltuntergang, den nur eines abwenden kann – blind zu befolgen, was immer die „Schützer“ und „Erlöser“ aus eigener Ermächtigung fordern, auf daß die in Hysterie versetzten Massen ihnen willig Wohlstand und Besitz, unabhängigen Verstand und eigenständiges Denken ausliefern und Ablauf zahlen, um sich von der „Sünde“ freizukaufen.

Die Ideologie des „Klimaschutzes“ stützt sich auf die zumindest fragwürdige These, Klimaveränderungen seien nicht nur zu einem gewissen Teil, sondern wesentlich vom Menschen beeinflußt. Sie unterstellt, es finde derzeit eine „globale Erwärmung“ statt, die anders als frühere Warmzeiten als um jeden Preis abzuwendende Katastrophe zu betrachten und wesentlich auf vom Menschen verursachte Emissionen des als „Treibhausgas“ gebrandmarkten atmosphärischen Spurengases Kohlendioxid zurückzuführen sei, die es folglich zu ächten und zu verhindern gelte.

Durchschlagskraft gewinnt diese aus Annahmen, waghalsigen Modellrechnungen und verabsolutierten Teilwahrheiten zusammengebaute These aus der geschickten Verknüpfung mit dem ernsthaften konservativen Anliegen des Natur- und Umweltschutzes: Ein schonender und verantwortungsbewußter Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und den endlichen Ressourcen unseres Planeten ist nicht nur ein Gebot der Achtung vor der Schöpfung, sondern auch der ökonomischen Vernunft, die auf dauerhafte Mehrung von Wohlstand und Wirtschaftstätigkeit abzielen muß, um sich nicht selbst die Grundlage zu entziehen.

Die „Klimaschutz“-Ideologie allerdings pervertiert dieses berechnete Anliegen zum moralisch und endzeitlich aufgeladenen quasi-religiösen Wahnsystem, das in seiner gewollten Verengung auf selektive, der unmittelbaren Überprüfung entzogene Aspekte weder rationalen Diskurs noch wissenschaftlichen Zweifel zulassen will, sondern nur noch Jünger und Ketzer kennt, gehorsame Gläubige und verwerfliche Sünder, die sich außerhalb der Gemeinschaft der Rechtgläubigen gestellt haben.

Zu deren Anführern schwingt sich eine Priesterkaste auf, die ihre Legitimation aus Eiferertum und von keinem Zweifel angekränkelten Schwarz-Weiß-Predigten bezieht und damit die Meinungsführerschaft in Politik, Medien und Gesellschaft beansprucht und weitgehend auch erobert hat.

Das hat, wie jede Säkularreligion, totalitäre Züge. Tatsächlich weist der grassierende Klimawahn bereits alle wesentlichen Grundelemente einer totalitären Ideologie auf: ein geschlossenes Weltanschauungssystem, das für sich in Anspruch nimmt, die

„Wissenschaftlichkeit“ gepachtet zu haben und jeden Gedanken, jede Erkenntnis und jedes Argument, das diesem Ideologiesystem widerspricht, als unwissenschaftlich, gefährlich oder schlicht verrückt abtut.

Dazu kommen machtbesessene Kader, willige Agitatoren und Propagandisten und als Speerspitze der Begegnung eine fanatisierte Jugend, die Widerstand mit dem Druck der Straße wegfeigen soll – die „Fridays for Future“-Bewegung. Ikonen als Bannerträger und Identifikationsfiguren wie die heilige Greta und der zum künftigen Kanzler hochgejubelte Grünen-Chef Robert Habeck dürfen ebensowenig fehlen wie wissenschaftlich verkleidete Ideologen in Form von „Instituten“ und „Klima-Beiräten“.

Und auch der Wille zur Gleichschaltung der öffentlichen Meinung und zur Uniformierung jeglicher Debatte ist unverkennbar: Zweifeln und Kritikern soll keine politische, mediale oder wissenschaftliche Plattform mehr gegeben werden. Wie jedem pseudoreligiösen oder totalitären Ideologiesystem geht es auch den Einpeitschern der „Klimaschutz“-Bewegung längst nicht so sehr um die „Sache“, in deren Namen sie zu agieren vorgeben, sondern um Macht. Nicht nur um die politische Macht, die nach Gramsci der gesellschaftlichen Hegemonie folgt: Ohne Klimawahn, dem sich fast alle anderen politischen Kräfte unterwerfen, kein Grünen-Höhenflug.

Es geht um mehr: um die Macht, das Alltagsleben der Menschen bis ins letzte Detail zu regulieren und zu reglementieren, ihnen vorzuschreiben, was und wann sie zu essen und zu konsumieren haben, ob und wie sie sich fortbewegen und wohin sie noch reisen können, wo und wie sie zu wohnen haben; um die Macht, sich potentiell totalen Zugriff auf das Eigentum von Bürgern und Gewerbetreibenden und die Früchte ihres Fleißes zu verschaffen, sie nach Belieben über Steuern, Abgaben und Vorschriften enteignen zu können; um die Macht, ganze Wirtschaftszweige staatlicher Kontrolle zu unterstellen und nach ihren ideologischen Vorstellungen umzuformen.

Der Schaden durch die Fehlsteuerung und Verschwendung von Abermilliarden an Steuern und Abgaben, durch die Deformierung der Energiewirtschaft, die mutwillige Beschädigung und beginnende Vertreibung von produzierendem Gewerbe, Automobilindustrie und energieintensiver Wirtschaft ist schon heute immens. Die Verschandelung von Landschaften, die Zubetonierung riesiger Flächen im Namen der „Energiewende“, die das Gegenteil von Natur- und Umweltschutz bedeuten, sind zum Heulen.

An diesen inneren Widersprüchen zwischen Ideologie und der Realität von Ökonomie und Natur wird auch der Klimasozialismus, wie alle Spielarten des Sozialismus vor ihm, letztlich scheitern. Wer dem nicht weiter tatenlos zuschauen will, der muß den Mut finden, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und Aufklärung, Vernunft und Argumente gegen ideologischen Obskurantismus setzen, um den Verführten und Verblendeten den Weg aus dem Klimawahn zu weisen.

## **SPD und Einwanderung**

# **Mehr Dänemark wagen!**

**Thilo Sarrazin**

Die starke Stellung, die einwanderungskritische Parteien mittlerweile in nahezu jedem EU-Mitgliedsland haben, hat vielerorts das klassische Parteienmodell auf den Kopf gestellt. Darunter haben besonders sozialdemokratische und christdemokratische Parteien gelitten. Deren Versuche, Wähler zurückzugewinnen, führen dazu, daß sich der Kurs der Einwanderungspolitik in der EU generell verschärft. Dieses, mehr noch als der Stimmenanteil an der Wählerschaft oder die Beteiligung an der Regierung, ist der eigentliche Einfluß der einwanderungskritischen Parteien.

Bei der Europawahl siegten in den Ländern Osteuropas durchweg einwanderungskritische konservative Parteien. In Skandinavien und den Niederlanden erhöhten einwanderungskritische Parteien am rechten Rand ihren Stimmenanteil. Eine Ausnahme war Dänemark. Hier verlor die Dänische Volkspartei deutlich. Beobachter erklären dies damit, daß die etablierten Parteien in den vergangenen Jahren deren einwanderungs- und islamkritische Positionen weitgehend übernommen hatten. Der dänische Schriftsteller Carsten Jensen klagte, die Sozialdemokraten „haben die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der äußersten Rechten übernommen ... Die Dänische Volkspartei hat die Politikerseelen der Mitte erobert.“

Das dänische Beispiel illustriert, daß sich der Einfluß einwanderungskritischer Parteien nicht allein im Stimmenanteil äußert. Durch den Wettbewerb um die Gunst der Wähler prägen sie auch indirekt die Positionen anderer Parteien, die dadurch ihr Überleben sichern können: Während die SPD in Deutschland auch deshalb dem Untergang ins Auge sieht, weil sie zum Thema Migration nie eine realistische Position entwickelte, gewannen die dänischen Sozialdemokraten bei der Parlamentswahl. Die Vorsitzende Mette Frederiksen wird wohl neue Ministerpräsidentin, während die Dänische Volkspartei erheblich an Stimmen verlor. Maßgebend war dabei, daß sich die Sozialdemokraten schon seit einigen Jahren in der Einwanderungspolitik den Positionen der Dänischen Volkspartei weitgehend annäherten. So möchte sie eine Obergrenze für „nichtwestliche“ Migranten, die politisch festgelegt werden soll, und Asylbewerber sollen ihren Antrag künftig nicht mehr in Dänemark, sondern in Lagern außerhalb Europas stellen.

Diese Positionierung, mit der die dänischen Sozialdemokraten die Wahl gewannen, ist bezogen auf Deutschland weitaus näher an der AfD als an der SPD oder auch der CDU/CSU. Spannend wird in den nächsten Wochen und Monaten sein, ob meine Partei, die SPD, gewillt ist, daraus zu lernen, und – wenn ja – was.

**Thilo Sarrazin** war Bundesbankvorstand und Berliner Finanzsenator. Er ist Autor mehrerer Bestseller (zuletzt: „Feindliche Übernahme“) und seit 45 Jahren Mitglied der SPD.

# Wege und Irrwege eines Denkers

**Im Spannungsfeld zwischen linker Ideologie und Wirklichkeit: Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas kann kommende Woche seinen 90. Geburtstag feiern**  
**Dietmar Mehrens**

Ein Konflikt wie zwischen Jakobinern und Girondisten. Der gemäßigte Jürgen Habermas hier und auf der anderen Seite Rudi Dutschke, der Aufwiegler, ein Mann, der heute der Hetze und Haßrede bezichtigt würde. Es war eine aufgeheizte Zeit damals, 1967: der Schah in Berlin, Studentenproteste, der tödliche Schuß auf Benno Ohnesorg durch einen (was damals keiner ahnte) Stasi-Mann.

Nach Ohnesorgs Beerdigung spitzte sich auf einem Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) in Hannover die Konfrontation zwischen Habermas, dem philosophischen Kopf der Bewegung, und Rudi Dutschke, ihrem Robespierre, zu: Die Frontfigur des SDS forderte die „direkte Aktion“ und warf Habermas „begriffslosen Objektivismus“ vor. Der saß bei Dutschkes Frontalangriff bereits im Wagen und kehrte noch einmal in den Saal zurück, um dem radikalen Rädelsführer nun seinerseits „utopischen Sozialismus“ vorzuwerfen, den man unter den aktuellen Umständen „linken Faschismus“ nennen müsse.

## **„Herrschaftsfreier Diskurs“ und Tabubrüche**

Der Kreis der meinungsführenden Linksintellektuellen, zu denen der gebürtige Düsseldorfer gehörte, hat es nicht immer leicht gehabt mit Jürgen Habermas. Oft war er sogar eine Enttäuschung. Wenn er deren flachen Gesinnungskonformismus nicht mit seinem Verstand in Einklang bringen konnte, ließ er sich auch nicht vereinnahmen.

Sein Aufstieg zu einem der führenden bundesdeutschen Intellektuellen begann 1955, als er Assistent am Frankfurter Institut für Sozialforschung wurde, geleitet von den beiden Soziologen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Der von ihnen maßgeblich geprägten Frankfurter Schule ging es im wesentlichen um marxistische Kapitalismuskritik; die von Horkheimer entwickelte „Kritische Theorie“ verband Theorien des Marxismus mit Sigmund Freuds Psychoanalyse. Wie bei vielen Altlinken ist auch in Habermas' Biographie eine zunehmende Emanzipation vom ursprünglichen Marxismus zu erkennen: Die bürgerliche Gesellschaft muß nicht mehr zerschlagen werden, sie kann sich durch einen von der Vernunft geleiteten Diskurs entwickeln.

Von 1971 bis 1981 war Habermas an der Seite Carl Friedrich von Weizsäckers Direktor des Starnberger Max-Planck-Instituts, ehe er 1983 wieder an die Frankfurter Universität zurückkehrte. Dort besetzte er bis zu seiner Emeritierung 1994 den Lehrstuhl für Philosophie.

Anfang der siebziger Jahre vollzog er einen Umschwung vom Gesellschaftstheoretiker zum Sprachphilosophen. Die Beschäftigung mit der Sprechakttheorie von Austin und Searle und die aus ihr abzuleitende Verbindung von sprachlichem und gesellschaftlichem Handeln bereiteten sein 1981 erschienenes Hauptwerk „Theorie des kommunikativen Handelns“ vor. Danach

basiert ein „herrschaftsfreier Diskurs“ auf vier Grundpfeilern: gleichberechtigten Kommunikationspartnern; der gleichen Möglichkeit, sich zu äußern; einem symmetrischen Gespräch; Entscheidungen fallen allein aufgrund des überzeugenderen Arguments. Daß die öffentlichen Debatten heutzutage weiter denn je davon entfernt sind, ist augenfällig.

Auch was die Bedeutung der Religion, des Metaphysischen, anbelangt, machte der Sozialforscher eine Wandlung durch: Das Christentum, das für Marx noch desaströses Opium des Volkes war, sieht er als wichtiges kulturelles Erbe, von dem auch er zehre.

Immer hat der mit Preisen überhäufte Wissenschaftler sich zu Wort gemeldet, wenn ihm ein politischer Kurs korrekturbedürftig erschien. Als Angela Merkel 2013 einen visionslosen Weiter-so-Wahlkampf führte, wagte er einen ähnlich eklatanten Tabubruch wie 1967 in Hannover und provozierte die auf Konsens gebürstete, so wörtlich, „merkelfromme Medienlandschaft“ mit der Aussage, daß der AfD Erfolg zu wünschen sei. „Ich hoffe“, so zitierte ihn die Frankfurter Rundschau, „daß es ihr gelingt, die anderen Parteien zu nötigen, ihre europapolitischen Tarnkappen abzustreifen.“

Wer Jörg Meuthen während des jüngst zu Ende gegangenen Wahlkampfes im Schlagabtausch mit seinen Mitbewerbern um einen Sitz im EU-Parlament erlebt hat, dürfte erkannt haben, daß der Wunsch des alten Herrn immerhin teilweise in Erfüllung gegangen ist.

### **Unrühmliche Rolle im Historikerstreit**

Provokationen sind seine vermeintlichen Tabubrüche sowieso nur für diejenigen, die aufgrund ideologischer Scheuklappen nicht in der Lage sind, das Offensichtliche zu erkennen. Auch der Faschismus-Vorwurf an die Adresse der APO-Revolutzer Ende der sechziger Jahre war schließlich nichts anderes als der Schulteranschlag mit Hannah Arendt, die schon 1951 in „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ die prinzipielle Gleichartigkeit totalitärer Herrschaftsformen linker und rechter Provenienz herausgearbeitet hatte.

Eine unrühmliche Rolle spielte Jürgen Habermas 1986/87, als er mit seiner Replik auf die Thesen Ernst Noltes und Michael Stürmers zur NS-Zeit und ihrer historischen Bewertung den sogenannten Historikerstreit ins Rollen brachte. Der Versuch Noltes, die Vernichtung des europäischen Judentums in einen größeren historischen Zusammenhang zu stellen und Parallelen zwischen dem deutschen und älteren, „ursprünglicheren“ Genoziden wie dem Gulag-System Stalins zu ziehen, verurteilte er und unterstellte Nolte einen Hang zum Antisemitismus. Habermas argumentierte mit der Singularität des Holocaust und warnte vor Geschichtsrevisionismus. Immerhin: Die Offenheit, mit der die kontroversen Positionen damals in FAZ, Zeit, Spiegel, Frankfurter Rundschau und anderen Blättern ausgetauscht werden konnten, steht in auffälligem Kontrast zur Situation heute.

Diese Veränderung hin zu einer Konsenskultur ist auch dem Frankfurter Philosophen nicht entgangen. 2013 warf er Bundeskanzlerin Merkel im Spiegel „tranquillistisches Herumwursteln“ und einen „Opportunismus der Machterhaltung“ vor. Den deutschen

Politikern empfahl er, dem Wahlvolk endlich reinen Wein einzuschenken und es per Volksbefragung selbst über Europas Zukunft und Deutschland in ihr entscheiden zu lassen.

Seine Kritik an selbstgefälligen Eliten ist die eines klassischen Linken: Im Europa-Diskurs identifiziert Habermas Deutschlands Austeritäts-Doktrin als ein Hauptproblem der EU, denn sie führe zu Spaltungen. Bei Sparern kann der Philosoph nicht punkten. Als Antikapitalist findet er eine solide Geldpolitik sekundär. Trotz der wirtschaftspolitischen Disharmonien sieht er Deutschlands Zukunft in einem vereinigten Europa. Sein Modell ist ein Zwitter aus überstaatlichem Gemeinwesen und Staatenbund mit EU-Bürgern in einer Doppelrolle: als National- und Europabürger.

Habermas' Vorschlag exemplifiziert das Spannungsfeld zwischen Wirklichkeit und Vision: Philosophen sind Denker, keine pragmatischen Macher.

## **Nur die Nachkommen von Menschenhändlern**

**Schräge Begleitmusik für den „Großen Austausch“: Geographen sehen die „weiße Mehrheitsgesellschaft“ in der Pflicht, die „deutsche Kolonialschuld“ mit mehr Multikulturalität zu heilen**  
**Wolfgang Müller**

Mit der Kapitulation der „Schutztruppe“ des Generals Paul von Lettow-Vorbeck, im November 1918 in den Wäldern Ostafrikas, endete vor gut hundert Jahren die kurze Geschichte des deutschen Kolonialismus. Aus dem kollektiven Gedächtnis der alten Bundesrepublik war dieses Unterkapitel wilhelminischer Anstrengungen, sich mit reichlicher Verspätung im Kreis west- und südeuropäischer Mächte einen bescheidenen „Platz an der Sonne“ zu sichern, bis zur Wiedervereinigung fast verschwunden. In der Berliner Republik erlebt es seit zwanzig Jahren hingegen eine so sagenhafte wie auf den ersten Blick rätselhafte Rückkehr ins Zentrum geschichtspolitischer Diskurse.

Warum das so ist, darüber gibt das Dutzend der Autoren, die sich im Schwerpunktheft „Deutscher Kolonialismus. Afrika – Imperialismus – Globaler Süden“ der Geographischen Rundschau (5/2019) zum Thema einlassen mehr unfreiwillig und zwischen den Zeilen Auskunft. Denn aus der bloßen Mixtur der Beiträge erschließt sich nicht, warum deutsche Kolonialgeschichte jetzt Konjunktur hat. Ist doch nichts darunter, was heute noch überrascht. Nicht die, soweit sie den Kontext der Globalisierung des 19. Jahrhunderts berührt, weitgehend korrekte historische Skizze aus der Feder der in ihrem Fach auf Politische Ökologie sowie Landnutzungskonflikte konzentrierten Geographin Sybille Bauriedl (Europa-Universität Flensburg), noch die von ihr und der „Künstlerin“ und „antirassistischen Aktivistin“ Hannimari Jokinen verfaßte Polemik über „Hamburg – Metropole des deutschen Kolonialismus“ oder Julia Lossaus (Uni Bremen) unbeholfen-süffisante Anmerkungen über die „Ehrbaren Kaufleute“ und deren „koloniales Erbe in der Hafen- und Hansestadt Bremen“.

Stets geht es um die Anklage der „imperialistischen Ausbeutung“ Afrikas, um deutsche Schuld an der Versklavung von Schwarzafrikanern, und unvermeidbar in diesem Potpourri, um die Eskalation des „Herrschaftshandelns“ und „kolonialer Landnahme“ in Richtung „Völkermord“, der sich für Detlef Müller-Mahn und Johannes Dittmann vom Geographischen Institut der Universität Bonn bei der Niederschlagung von Aufständen der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904–1907) realisiert habe.

### **Westlicher Wohlstand dank kolonialer Gewaltherrschaft**

Daß die Geographie als ein nach 1870 expandierendes Universitätsfach ihren besetzungspolitischen Aufschwung der steigenden Nachfrage nach praktisch, kartographisch, geophysikalisch, anthropogeographisch relevantem Expertenwissen im kolonialen Neuland verdankte, ist wissenschaftshistorisch mittlerweile ebenfalls eine Binsenweisheit, wird aber hier am Beispiel der Erstbesteigung des Kilimandscharo (1889) durch den Leipziger Geographen Hans Meyer, eigens politisch korrekt formatiert als „Feldforschung unter den Bedingungen eines kolonialen Herrschaftsprojekts“, die eng mit „Rassismus und weißer bürgerlicher Männlichkeit“ verbunden gewesen sei.

Olle Kamellen, die – immer wieder neu herumgereicht – auch nicht aromatischer schmecken, könnte man denken. Dennoch enthalten sie mit der Geschlossenheit eines Wahnsystems die wesentlichen Elemente, die der breiten öffentlichen Rezeption und Akzeptanz dieser „großen Erzählung“ von deutscher, europäischer „Kolonialschuld“ so günstig sind. Vor allem vermitteln sie ein radikal vereinfachtes, im wahrsten Sinne des Wortes „schwarz-weißes“ Geschichtsbild, das perfekt multikulturelle, postnationale Weltanschauungsbedürfnisse befriedigt.

Die Geographin Bauriedl malt dabei mit besonders grellen Farben. Für sie ist Europas Industrialisierung, Kultur und Zivilisation ohne die „koloniale Gewaltherrschaft“ gar nicht denkbar. Die „Infrastrukturen der Gewalt“, deren autochthonen Ursprüngen und Erscheinungsformen sie lediglich zwei Randbemerkungen gönnt, seien heute weiterhin, nicht nur in Hamburg und Bremen, in unseren Gesellschaften allgegenwärtig. Dank importierter „afrodeutscher Gruppen“, der „Black Community“ und der „People of Colour“, die nicht etwa ordinärer, den Steuerzahler mit der Rassismuskeule einschüchternder Migranten-Lobbyismus antreibt, sondern die sich selbstlos „kritisch“ damit auseinandersetzen, sei es jedoch gelungen, dieses schreckliche koloniale Erbe ins öffentliche Bewußtsein zu heben.

### **Das „Modernitätsnarrativ“ soll dekonstruiert werden**

So erfahre die „weiße Mehrheitsgesellschaft“ der europäischen Nachkommen von „Menschenhändlern“, wie tief sie in der Schuld der Afrikaner stünden. Wobei Bauriedl und ihresgleichen offenbar ernsthaft an ihre wirtschaftshistorisch vielfach widerlegte These glauben, ohne Kolonialwaren wie Kaffee, Tee, Kakao oder Bananen, also überwiegend Luxusartikel für den gutbürgerlichen Haushalt, sei die günstige Versorgung des deutschen Industriearbeiters und damit der relative Massenwohlstand im Kaiserreich unmöglich gewesen.

Wie wenig solche Fabeln mit Wissenschaft, der Suche nach Wahrheit, der „illusionslos kritischen Einsicht in das, was ist“ (Adorno), zu tun haben, läßt sich auf kleinstem Raum nicht plastischer formulieren als auf den abschließenden zwei Seiten. Die über „Herstellung von Andersheit“ und „latent rassistische Konstruktion von ‘Afrikanern’“ im Geographie-Unterricht „aufklären“ wollen, und die zudem in jeder Zeile die Vita der Verfasserin beglaubigen. Tenor: es gibt keine „wesenhaften“ Unterschiede zwischen Europäern und Afrikanern, nur „Afrikabilder“ und „konstruierte Rassen“.

Was Schüler an dazu konträrem „Vorwissen“ mitbringen, müsse genauso „dekonstruiert“ werden wie ihre „unbewußt wirksamen eurozentrischen Wissensstrukturen“, in deren Zentrum das „Modernitätsnarrativ“ stehe, das zwischen zivilisatorisch entwickelten und unentwickelten Ländern unterscheide und „implizites Überlegenheitsdenken“, also „rassistische Hierarchisierung“ von Völkern begünstige.

Diese vermeintlich antirassistische „Konstruktion“ pur stammt von Inken Carstensen, einer Assistentin Bauriedls: Seit einiger Zeit publiziert sie jedoch unter dem Doppelnamen Carstensen-Egwuom. Die Annahme einer Verbindung mit dem in der winzigen Flensburger Rapperszene aktiven Nigerianer Chidi Egwuom liegt nahe, hätte bei ihrer Bestätigung aber allenfalls die Bedeutung des I-Punkts ihrer Karriere, die ohne die Bereitschaft zur totalen Politisierung auch des privaten Daseins mitsamt der Preisgabe der Herkunftsidentität niemals möglich gewesen wäre.

Die Betriebswirtin, die zugleich Interkulturelle Kompetenz und Afrikanistik studierte, ist insoweit ein beängstigend lupenreines Produkt der EU-Bildungspolitik. Von der Erasmus-Stipendiatin über den Einsatz im „Europäischen Freiwilligendienst“ und der Mitarbeit an dem von Brüssel finanzierten Projekt „Searching for Neighbours“, das sich bis 2010 der „Aushandlung von Zugehörigkeit und Differenz an geopolitischen und sprachlich-symbolischen Grenzen“ widmete, führt diese roboterhafte, an stalinistische „Spezialisten“-Abrichtung erinnernde Laufbahn bis zur Dissertation mit dem filigranen Titel „Transnationalismus und Intersektionalität zusammen denken. Eine intersektionale Perspektive für transnationale soziale Positionierung nigerianischer Migranten\_innen in Bremen“.

Darin spiegeln sich nicht nur höchst persönliche Vorlieben der Verfasserin für ihre afrikanischen Probanden, sondern auch ihr willkommenskulturelles Engagement als ehrenamtliche „Flüchtlingshelferin“ der Stadt Flensburg. Das fehlende Distanz zum Forschungsgegenstand kaum notdürftig verbergende pseudowissenschaftliche Dekor fällt von solchen Texten dann endgültig ab, wenn sie alltäglich-plumper Agitation dienen sollen. So in Carstensen-Egwuoms, ihrem Rundschau-Beitrag ähnelnden Handreichung zur „interkulturellen und antirassistischen Bildung“ im Kreis Schleswig-Flensburg. Wo sie davon träumt, wie Lehrer und Schüler gemäß der Parole „Afrikanisiert Euch!“ der „Stereotypisierungsbedrohung“ in Schulen der „Heterogenität“ und „Vielfalt“ entkommen können. Ein didaktisches Konzept, das zumindest beim wachsenden Anteil traditionell in Stereotypen heimischen muslimischen Schülern kaum Anklang fände.



## **Akademische Begleitmusik zum UN-Migrationspakt**

Hier aber, „ganz unten“, bei der Graswurzel-Indoktrination in der mit kulturfremden „Flüchtlingen“ zwangsbesiedelten Provinz, zerreißt jedenfalls der von dieser Art „Wissenschaft“ gestiftete Verblendungszusammenhang. Und so tritt sie auch im Diskurs über „Kolonialschuld und Rassismus“ letztlich ans Licht als das, was sie ist, die im UN-Migrationspakt eingeforderte „wohlwollende Berichterstattung“, die akademisch instrumentierte Begleitmusik des „Großen Austausches“. Auf daß die Geschichte Europas bald ebenso wie die Afrikas „aus einem Kommen und Gehen, aus bewegten Strömungen zum Kontinent hin und [unwahrscheinlich] von ihm weg besteht“, wie Carstensen-Egwuom hofft.

[www.westermann.de/](http://www.westermann.de/)